

# An die Wählerinnen und Wähler Münchens!

Die Wahltag des 12. und 19. Januar sollen Gerichtstage des Volkes sein — Tage, an denen das Volk sein Verdammungsurteil über die Kriegsschürer und Völkerverheber, über die Freunde des Gottesgnadentums und die Feinde der Volksherrschaft spricht.

Ueber ein halbes Jahrhundert pflegte die deutsche Sozialdemokratie auf den Kongressen der Internationale die Völkerverständigung, über ein halbes Jahrhundert, lief sie Sturm gegen den Militarismus und forderte leidenschaftlich dessen Ersatz durch die Volkswehr. Umsonst! Die bürgerlichen Parteien opferten und opferten immer von neuem dem kriegswütigen Moloch — und sie fielen mit in die pöbelhaften Schimpereien ein, die der gröheltwahnstimmige Gottesgnaden-Wilhelm gegen „die vaterlandslosen Gesellen“ ausspie.

Der Militarismus war in den Köpfen der bürgerlichen Parteien so fest verankert, daß ihm nur eine gewalttätige Revolution den Garaus machen konnte. Wenige Wochen vor dem katastrophalen Zusammenbruch des deutschen Militarismus hat noch das Blatt des bayerischen Zentrumsführers Helb, der Regensburger Anzeiger, unser Münchener Parteiblatt förmlich des Vaterlandsverrats geziehen, weil es eine radikale Umgestaltung der Verfassung und des militärischen Systems verlangte.

Nur die Sozialdemokratie hat ehrlich die Vernichtung des militaristischen Systems angestrebt — eines Systems, das den Menschen zum Sklaven, den Staat zu einer riesigen Kaserne, das Land zu einem dauernd vor dem Bankrott stehenden Schuldner gemacht hatte. Gleich einem Dampfyr saugte es Blut und Mark aus, es führte Millionen Menschen zur Schlachtbahn und verwandelte die Welt in einen Schutthaufen von Trümmern, zerstörtem Lebensglück und sittlicher Verwilderung.

Sieben Millionen Menschen sind noch bisherigen Schätzungen durch ihn zur Strecke gebracht. Ungezählt die Krüppel, die Blinden, die Wahnsinnigen, sie ziehen über die Erde und zeugen wider uns. Der Wohlstand ist gebrochen, die friedlichen Gewerbe sind vernichtet, was noch geschaffen ward, waren Waffen, giftige Dünste, teuflische Mordwerkzeuge.

Der Militarismus mußte fallen, damit endlich der soziale Volksstaat, der Staat der Schaffenden geistigen und körperlichen Arbeit aufsteig.

**Erst der neue Volksstaat hat die Bahn für die höchsten Kulturansgaben frei gemacht.**

Der alte Militär- und Obrigkeitstaat gab für 9 Millionen Schulkinder in 60,000 deutschen Volksschulen

**350 Millionen Mark aus.**

Für Heer und Marine dagegen verschleuderte er schon einige Jahre vor dem Weltkrieg

**über 1 1/2 Milliarden Mark**

einstößlich der Vergütung der Reichsschulden für militärische Zwecke aus

**mehr als das Bierlohn.**

Die Ausgaben für Heereszwecke saugten das Volk aus, bereicherten die schwarzwäckerliche Schwerindustrie und gaben den Rüstungsfabrikanten die Mittel für ihre Wettbewerbspropaganda und für ihre Völkerversehrungspolitik in die Hand.

Das autoritäre militaristische System wird im Volksstaat durch eine auf freierwilliger Grundlage aufgebauete Volkswehr ersetzt. Die Ausgaben für militärische Zwecke werden

international vereinbart. Alle Streitigkeiten zwischen den Völkern werden auf schiedsgerichtlichem Wege geschlichtet. Der Völkerbund ermöglicht eine allgemeine Abrüstung. Gigantische Mittel für Kulturzwecke werden frei.

Erst mit dem Sturze des Militarismus kann eine wirkliche Volkskultur aufblühen.

**Schulklassen verdrängen die Kasernenkuben.**

**Statt Krupp Peraloga!**

Nimmer wäre der Militarismus gestürzt worden, hätten nicht Millionen Feldgrauer selbst Hand an dieses Instrument der Volkerverflabung gelegt. Nicht gutwillig ist nämlich der „oberste Kriegsherr“ in die Verbannung gegangen. Erst als die Marine an der ganzen Wasserkante gemertert hatte, als in Berlin die Regimenter aufzubegehren begannen und sich die Truppen des Hauptquartiers nicht mehr zu einem Werkzeug des persönlichen Absolutismus mißbrauchen lassen wollten, verzichtete Wilhelm II. auf den Thron.

**Der Sturz des Militarismus und des Gottesgnadentums ist das ureigenste Werk der Armee! Darum stehen heute tren die Soldaten zur sozialen Republik.**

Soldaten, ihr habt die große Arbeit der Umwälzung begonnen und ihr habt sie dadurch fortzusetzen, daß ihr auf der neu geschaffenen Grundlage des Volksstaates ein neues soziales Deutschland und Bayern errichtet helft!

Soldaten, unterstützt einmütig die Kandidaten der sozialdemokratischen Mehrheitspartei, die im Kriege und schon vor dem Kriege immer das Sprachorgan eurer Wünsche und Beschwerden gewesen ist. Nur in dieser Partei regen sich die Schaffenden Kräfte, die den Herrschaftsktaat in einen wirklichen Kulturstaat umbauen wollen.

In einen Kulturstaat! Die Bedeutung dieser Umwälzung müßen vor allem die geistigen Arbeiter erfassen. Ihr Wissenschaftler und Künstler fandet kein eigentliches „Publikum“ — denn das Volk war entweder ungebildet oder durch bestimmte Klauen verblödet. Unter dem alles zermalmenden Druck der Militärlasten mußte der Staat bei allen seinen Ausgaben für kulturelle Zwecke knausern. Den minderbemittelten Volksmassen blieben bei den ständig wachsenden Unterhaltskosten nur wenige Groschen für Bildungs- und Kunstzwecke übrig. Die Oberschicht trug aber vielfach durch ihr kapitalistisches Prozedentum ein gefährliches Moment der Korruption in Kunst und Wissenschaft hinein. Ihr Leher erfuhr oft eine ganz einseitige, nur dem Klassen- und Militärstaat dienende Ausbildung. Ihr wurdet auf Schritt und Tritt durch eure geistlichen und weltlichen „Oberherren“ überwacht! Das Recht der freien Meinungsäußerung war euch in jeder Weise beschneitten. Die Behebhaber, die euch der Staat in die Hand brachte, waren mit Geschichtsfälschungen der größten Art angefüllt. Die ganze Siftorie war zu einer grundverlogenen Geschichte der Gottesgnadentumenschen zurechtgerüttelt worden.

Ihr Angestellten wurdet, da ihr nicht organisiert waret, noch Handlöhner ausgebeutet als die Fabrikarbeiter. Die Bezahlung bestimmter Gruppen der Angestellten war direkt bettelhaft. Und der Aufstieg zu besseren Stellungen wurde den Privatbeamten auf Schritt und Tritt erschwert. Noch im Kriege gab Krupp einen Ufas heraus, der eine Art Schenkspflichtigkeit oder besser Betriebspflichtigkeit, feste Gebundenheit an den Betrieb herbeiführen sollte!

Erst der freie Volksstaat entbindet ein freies Beamtentum und einen freien Richterstand! Mit dem Klassenstaat fällt die Klassenjustiz, fällt der Klassenrichter.

## Geistige Arbeiter aller Berufe,

wählt sozialdemokratisch und seid wackere Baumeister am Werke der Demokratie, denn erst die soziale demokratische Republik macht euch wirklich frei.

Die Sozialdemokratie befreit den Mann und befreit vor allem die Frau.

Seit 40 Jahren setzt die Sozialdemokratie ihre ganzen Kräfte für die Befreiung der Frau ein. Das Buch unseres unvergesslichen August Bebel: Die Frau und der Sozialismus eroberte im Sturme die Köpfe und Herzen aller aufgeweckten Frauen der Arbeiterschaft der Welt. Und nach und nach zog diese vielverbreitete Werbeschrift auch die Frauen des Bürgertums in ihren Bannkreis.

Dank der 40jährigen emsigen Propaganda-Arbeit der Sozialdemokratie für das Frauenstimmrecht konnte die November-Revolution allen Frauen das Stimmrecht verleihen! Vergesst ihr Frauen bei den Wahlen des 12. und 19. Januar nicht, daß ihr nur der Sozialdemokratie das Wahlrecht verdankt.

Erinnert euch weiter, wie die Sozialdemokratie unermüdet für den Arbeiterinnenschutz und Mutterschutz stritt.

Seit Jahren fordern wir Sozialdemokraten nämlich angesichts der riesenhaft anschwellenden Frauenarbeit, daß die gesundheitliche Gesetzgebung schon zielflar mit der Geburt des Menschen einsetzt. Sie muß sich vor allem auf die Erhaltung und Pflege des Neugeborenen und Säuglings erstrecken. Dazu gehört in erster Reihe Schutz der Schwangerschaft und des Wochenbettes. Diese muß wirtschaftlich gewährleistet werden durch Schwangerschaftsunterstützung, durch Wochenlohn nach der Niederkunft, durch Gewährung freier Hebammendienste und freier ärztlicher Hilfe, durch freien Aufenthalt nötigenfalls in Wöchnerinnen-Asylen, oder Stellung einer Hauspflegerin, durch Stillgelber, durch Verbot der Beschäftigung der Wöchnerinnen nach ihrer Niederkunft. Hunderttausende deutscher Frauen sinken frühzeitig infolge erbärmlicher Wohnungsverhältnisse, mangelnder Pflege und völlig ungenügender Ernährung in das Grab. Die sozialdemokratische Partei forderte daher schon auf ihrem Münchener Parteitag 1902 „die Unterstützung von Schwangeren, sobald im weiteren Verlauf der Schwangerschaft durch den normalen Schwangerschaftsstand bedingte Anzeichen sich geltend machen, welche die Arbeit erschweren“ und „Unterstützung von Wöchnerinnen für die Dauer von wenigstens sechs Wochen vom Tage der Entbindung an“.

Endlich muß eine tiefreichende Mutterschaftsversicherung der Mutter und dem Kinde ausreichenden Schutz verleihen! Aus mangelnder Fürsorge gehen heute noch von 2 Millionen Neugeborenen über 300,000 zugrunde.

Einen besonders hohen Anteil an der allgemeinen Säuglingssterblichkeit nimmt die der unehelichen Kinder, für die die Gesellschaft durch ihre rechtliche Gleichstellung — eine alte Forderung der Sozialdemokratie —, durch Übernahme der Aufzucht mittels Berufsvormundschaften, Findelanstalten und Ähnlichem mehr zu sorgen hat.

Mehr Schutz den Arbeitern und Arbeiterinnen verlangt die Sozialdemokratie mit allem Nachdruck!

Die Arbeiterschutzgesetzgebung muß, nach sozialdemokratischer Ansicht, in die gewerblichen Verhältnisse der einzelnen Berufs- und Betriebsarten im Sinne eines persönlichen wie allgemeinen Schutzes eingreifen, sie muß den sanitären Arbeiterschutz, die tägliche Arbeitszeit regeln. Und in ihren Arbeiterschutzbestrebungen verwirklichte die Sozialdemokratie endlich durch die Revolution des November das große soziale Ziel, für das sie ein halbes Jahrhundert stritt.

## den Achtstundentag.

Diese Errungenschaft der November-Revolution können sich die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen nur dauernd erhalten, wenn sie bei den Wahlen am 12. und 19. Januar den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei ihre Stimme geben.

Bisher hat die Sozialdemokratie allein eine radikale Reichswohnungsreform befürwortet. Im Jahre 1912 forderte sie im Reichstag die Einbringung eines Reichswohnungs-gesetzes. Die Sozialdemokratie vertrat mit großer Energie

**Wählerinnen und Wähler!**

die Begründung einer Mutterschaftsversicherung und Arbeitslosenversicherung, ausreichenden Schutz gegen Unfälle und ansteckende Krankheiten, die Bekämpfung der Volksseuchen (Tuberkulose, Alkoholismus, Geschlechtskrankheiten), die Regelung der Prostitution. Der von der Sozialdemokratie angestrebte Gesundheitsschutz umfaßt mit einem Wort das gesamte Gebiet der gesellschaftlichen Wohlfahrt und bildet die Grundlage einer neuen, dem Volksganzen und Volkswohl dienenden Gesellschaftsordnung.

Den Dienstmädchen und Hausangestellten streifte aber die Sozialdemokratie die Fesseln der Unfreiheit gleichsam von Händen und Füßen.

## Die Sozialdemokratie beseitigte das Ausnahmerecht,

das die Hausangestellten zu unfreiem „Gesinde“ herabwürdigte. Und der „Knüttel aus dem Sack“ herrschte nicht selten in den Küchen und Gesindestuben. Selbst schwere Beleidigungen gaben dem Dienstmädchen nicht das Recht, seinen Dienst zu verlassen. So wurde ein Dienstmädchen, das förmlich mit Verlobungen der gemeinsten Art überschüttet wurde und daraufhin den Dienst verließ, noch im Dezember 1912 vom Schöffengericht zu Dachau wegen unbegründeten Dienstentlaufens zu vier Tagen Haft verurteilt.

Vor der Revolution war ihr Dienstmädchen eure Arbeitszeit gesetzlich unbegrenzt. Erst die soziale Verordnung der provisorischen bayerischen Regierung schuf hier Wandel. Ihr steht jetzt unter dem Schutze eines Erlasses, der eure Mindestansprüche zwangsmäßig festlegt. Eure Tagesarbeit soll regelmäßig nicht vor 6 Uhr morgens beginnen, um 8 Uhr abends enden und regelmäßig 10 Stunden nicht übersteigen.

Durch zwingende Familien- und Hausverhältnisse notwendig gewordene Mehrarbeit muß angemessen ausgeglichen werden.

Vier Stunden in der Woche und sechs jeden zweiten Sonntag sind euren persönlichen Bedürfnissen verbilligt. Acht Tage Ferien sind in jedem Jahre für euch vorgesehen.

Dienstmädchen, Hausangestellte, erinnert euch bei den Wahlen des 12. und 19. Januar, daß ihr der Sozialdemokratie das Wahlrecht und den Abbruch der ausnahmegesetzlichen Bestimmungen verdankt, die euch unfrei machten!

Alle Wählerinnen und Wähler, die ihr von eurer Hände Arbeit lebt, haben nur das Interesse, daß die Kandidaten der Sozialdemokratie bei den Wahlen des 12. und 19. Januar gewählt werden.

Die Bayerische Volkspartei ist die Organisation aller politisch und wirtschaftlich rückständigen sozialen Gruppen. Zu dieser Partei zählten sich Großgrundbesitzer, Industriefeudale und die bisherigen Träger von Standesvorrechten aller Art. In den harten Kampf zwischen Arbeit und Kapitalrente hat die Bayerische Volkspartei die verwirrende tiefverlogene Phrase von der Gefährdung der Religion hineingeworfen. Kein Sozialdemokrat will aber die „Religion“ antasten, im Gegenteil, die Sozialdemokratie denkt erst die Grundlagen für eine freie Betätigung der Religion zu schaffen, die bisher unter hartem Staatszwang stand. Nicht die Religion, wohl aber die ausbeuterische Kapitalrente ist „in Gefahr“. Aber diese Gefahr fürchten nur die Volksbedrücker und Volksausauger!

Alle Kopf- und Handarbeiter werden erst frei, wenn die kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsmittel nicht mehr die Gesellschaft beherrschen, sondern wenn diese Mittel zu benutzenden Werkzeugen der Gesellschaft geworden sind!

Wählerinnen und Wähler, werft bei den Wahlen alle Bestrebungen der Bayerischen Volkspartei nieder, die wieder die abgewirkeltete Dynastie und die bevorrechteten Klassen aus Ruhr bringen wollen, streckt aber zugleich auch alle Versuche der „bürgerlichen“ Demokratie zu Boden, die auf die Errichtung einer „modernen“ Selbstrepublik lossteuern.

## Kämpft für Freiheit, Friede und Brot durch die Wahl der Kandidaten der Sozialdemokratie,

die nicht in das Heerlager der „Unabhängigen“ eingeschwenkt und unter der alten stürmerproben Fahne der Partei stehen!

**Stimmt sozialdemokratisch!**

Zu: W 4 Don. 8-43 # 63

Jhinger Hans  
Verwalter und Gemeindebevollmächtigter in München.

Jhinger Hans  
Verwalter und Gemeindebevollmächtigter in München.